

Disposition Präs. Mödlhammer  
51. Österreichischer Gemeindetag  
Linz, 17. September 2004

Herzlich willkommen in der Stahl- und Bruckner-Stadt Linz an der Donau, am österreichischen und europäischen Schicksalsstrom! Herzlich willkommen beim 51. Österreichischen Gemeindetag!

"In Linz beginnt's", das ist ein alter Spruch, der gerade für den Österreichischen Gemeindebund ein besonderes Gewicht hat. Denn hier hat es tatsächlich begonnen. Hier hat bereits 1936 der unvergessliche Florian Födermayer den Oberösterreichischen Landgemeindenbund gegründet. Und schon damals hatte der ungeheuer weitblickende Landwirt und Bürgermeister von Kronstorf bei Linz das Ziel einer österreichweiten Vertretung der kleinen und mittleren Gemeinden im Auge. Eines der dunkelsten Kapitel unserer Geschichte machte diese Pläne zunächst zunichte. Aber unmittelbar nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes und dem Ende des Weltkriegs nahm Minister a.D. Födermayer sie wieder auf. Und diesmal mit Erfolg. Im März 1947 wurde der Oberösterreichische Landgemeindenbund neu konstituiert und wenige Monate später der Österreichische Gemeindebund aus der Taufe gehoben.

Hier, meine sehr verehrten Damen und Herren, liegen also die Wurzeln unserer Interessenvertretung. Hier begann eine große Tradition, aus der wir heute Kraft, Mut und Zusammenhalt schöpfen können. Werte, die gerade in diesem, für die Gemeinden in vielfacher Hinsicht entscheidenden Jahr gefordert sind.

Dass diese Tradition lebt, das beweist wieder der Gemeindetag, die größte kommunalpolitische Veranstaltung Österreichs. Es sind Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Bürgermeister, Gemeindemandatäre und Gemeindebedienstete aus allen Bundesländern, die ihn zu einer eindrucksvollen Demonstration der Geschlossenheit, des Selbstbehauptungswillens und des

Zukunftsglaubens machen. Zu einer Demonstration, die auch von unseren Partnern in den übrigen Gebietskörperschaften nicht zu übersehen und zu überhören ist.

Die enge Verbundenheit, die der Gemeindetag widerspiegelt, reicht auch über das Grab hinaus. Es ist schon zu einer guten Tradition geworden, dass wir am Beginn unserer Toten gedenken. Auch in den vergangenen Monaten mussten wir wieder manchen schweren menschlichen Verlust beklagen, mussten wir uns von treuen Freunden und Mitstreitern verabschieden. Ich ersuche Sie, sich von ihren Plätzen zu erheben, um all jener Bürgermeister, Funktionäre, Gemeindemandatäre, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gedenken, die seit dem letzten Gemeindetag aus unserer Mitte gerissen wurden.

Stellvertretend für alle unsere Toten nenne ich das Ehrenmitglied des Gemeindebundes, Georg Hochwarter, fast drei Jahrzehnte Bürgermeister von Litzelsdorf und von 1968 bis 1988 Präsident des Burgenländischen ÖVP-Gemeindebundes. Wir werden ihm und allen unseren Verstorbenen stets ein ehrendes Angedenken bewahren.

Ich danke Ihnen für dieses würdige Gedenken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Der Österreichische Gemeindetag im einzigartigen Ambiente des Linzer Design Centers ist eine Demonstration und eine Gelegenheit, die Sorgen, Anliegen und Zielvorstellungen der Kommunen einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren. Aber er ist auch - das konnten wir vor allem gestern an Bord der Donauschiffe und in Ottensheim erleben - ein großes Fest der Kommunalpolitik. Festtage können aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass an 365 Tagen im Jahr in den

Gemeindestuben harte Arbeit geleistet wird. Eine harte und erfolgreiche Arbeit für die Gemeindebürger und das heißt für alle Österreicherinnen und Österreicher.

Wir werten es als eine Anerkennung für diese Arbeit, dass wir Jahr für Jahr beim Gemeindetag hohe und höchste Ehrengäste begrüßen können.

An ihrer Spitze begrüße ich ganz besonders herzlich unseren neuen Herrn Bundespräsidenten Dr. Heinz Fischer! Im Vorjahr waren Sie bei der Eröffnung des Jubiläums-Gemeindetages in der "Allzeit Getreuen" Wiener Neustadt ein Überraschungsgast, heuer sind Sie zum erstenmal als Staatsoberhaupt zu uns gekommen. Ich hoffe, auch hier gilt der Satz "In Linz beginnt's". Nämlich dass Sie, sehr verehrter Herr Bundespräsident, ebenso wie Ihr Vorgänger Dr. Thomas Klestil, der in seiner Amtszeit keinen Gemeindetag ausgelassen hat, zu einem Stammgast der größten kommunalpolitischen Veranstaltung Österreichs werden. Herzlich willkommen!

Als Vertreter der Bundesregierung begrüße ich ebenso herzlich den Herrn Finanzminister Mag. Karl-Heinz Grassler, der sich im Anschluss auch der Podiumsdiskussion zum Thema Finanzausgleich stellen wird. Herzlich willkommen. Es ist mir klar, Herr Bundesminister, dass Ihnen nicht alles gefallen wird, was sie heute zu hören bekommen werden. Aber ich versichere Ihnen gleichzeitig vor 2000 Zeugen: Die österreichischen Gemeinden und Ihre Interessenvertretung sind zwar konsequente, vor allem aber konstruktive und faire Verhandlungspartner. Wir fordern keine unbegründeten Vorrechte, sondern wir verlangen Gerechtigkeit und echte Partnerschaft! Damit wir auch künftig unsere Aufgaben im Interesse der Bürger bestmöglich erfüllen können. Diese Forderungen richten sich auch an den Staatssekretär im Finanzministerium, Herrn Dr. Alfred Finz, den ich ebenfalls herzlich begrüße.

Was wäre ein Gemeindetag ohne die Vertreter aus den gesetzgebenden Körperschaften, aus den Landtagen, dem Nationalrat, aber auch aus dem Europäischen Parlament. Stellvertretend für sie alle begrüße ich die Präsidentin des Bundesrates Frau Anna Elisabeth Haselbach.

Wichtige Partner der Gemeinden waren und sind selbstverständlich die Länder. Ein herzliches Grüß Gott dem Landeshauptmann von Oberösterreich, Dr. Josef Pühringer, Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Hiesl und den erschienen Mitgliedern der OÖ Landesregierung sowie Frau Landeshauptmann-Stellvertreter Heidemaria Onodi und Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Otmar Raus aus den benachbarten Ländern Niederösterreich und Salzburg.

Die Zusammenarbeit zwischen den Ländern und den Gemeinden ist ja eine sehr gute. Ich erinnere etwa daran, dass sich die halbjährlichen gemeinsamen Koordinations- und Informationssitzungen mit der Gemeindeaufsicht der Bundesländer bestens bewährt und wesentlich dazu beigetragen haben, dass die Gemeinden die vorgegebenen Ziele des Stabilitätspaktes erreicht haben. Aber selbstverständlich gibt es bisweilen auch Meinungsverschiedenheiten und Interessengegensätze, etwa auf dem schwierigen Feld der Gesundheits- und Sozialpolitik. Da ist es immer günstig, wenn uns am Verhandlungstisch Ländervertreter gegenüber sitzen, die auch unsere Probleme aus eigener Erfahrung und aus der Praxis kennen. Persönlichkeiten wie Landeshauptmann Dr. Pühringer, der eineinhalb Jahrzehnte in seiner Heimatgemeinde Traun kommunalpolitisch tätig war, und zwar als Stadtrat und dann als Vizebürgermeister. Ich bin überzeugt, das wird auch zum Ausdruck kommen, wenn er heute in der Podiumsdiskussion den Standpunkt der Länder vertritt. Noch einmal: Herzlich willkommen!

Er ist ebenfalls Landeshauptmann, aber ich begrüße ihn heute vor allem in seiner Funktion als Präsident des Österreichischen Städtebundes: Herzlich willkommen Dr. Michael Häupl! (*Hinweis auf den 55. Geburtstag ?*) Es ist gerade heute ungeheuer wichtig, dass sich die beiden kommunalen Interessenvertretungen nicht auseinander dividieren lassen. Ich bin, lieber Michael, sehr froh und dankbar, dass dieser Schulterschluss nicht nur bei Städte- und Gemeindetagen beschworen wird, sondern auch im rauen Alltag funktioniert - im Österreich-Konvent ebenso wie bei den Finanzausgleichsverhandlungen, in die wir mit einem gemeinsamen Forderungskatalog gegangen sind. Nur gemeinsam sind wir stark! Nur gemeinsam konnten wir die großen Erfolge der Vergangenheit erringen und nur gemeinsam werden wir die Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft bewältigen.

Sehr herzlich begrüße ich auch die Gäste aus dem näheren und fernerem Europa, die unserem Gemeindetag ein internationales Flair geben. Aus Deutschland und aus Südtirol, aus der Tschechischen Republik, aus Ungarn und aus Kroatien sind sie nach Linz gekommen.

Für sie alle stellvertretend möchte ich nur einen, nämlich den treuesten Besucher unserer Gemeindetage begrüßen, den Präsidenten des Südtiroler Gemeindenverbandes Bgm. Franz Alber. Unsere Gäste unterstreichen damit das Motto "Starke Gemeinden - die Kraft für Europa!" Der Jubiläums-Gemeindetag im Vorjahr stand ganz im Zeichen der bevorstehenden EU-Erweiterung.

Inzwischen ist sie Wirklichkeit geworden und der historische 1. Mai 2004 wurde zu Recht entsprechend gefeiert. Jetzt aber geht es darum, das größere Europa im Alltag zu verwirklichen. Und den Kommunen kommt dabei eine besondere Verantwortung zu. Sie haben wie keine andere Gebietskörperschaft die Chance, Brücken zu schlagen und Begegnungen von Mensch zu Mensch über die Grenzen hinweg zu ermöglichen. Die europäischen Gemeinden haben diese

Verantwortung sehr gerne übernommen. Das beweist auch die Teilnahme unserer ausländischen Freunde am Österreichischen Gemeindetag. Herzlich willkommen!

Der Österreichische Gemeindebund ist eine zukunftsorientierte und erfolgreiche Interessensvertretung, wir bauen aber in unserer Arbeit auf Erfolge auf, die ein Verdienst unserer Vorgänger sind. Deshalb ist es mir auch eine große Freude, die alte Garde des Österreichischen Gemeindebundes zu begrüßen, an ihrer Spitze den Ehrenpräsidenten Bgm. Ferdinand Reiter.

Last not least: Ein herzliches Grüßgott und ein großes Dankeschön unseren Gastgebern, dem Oberösterreichischen Gemeindebund, seinem Präsidenten Bürgermeister Franz Steininger, Landesgeschäftsführer Dr. Hans Gargitter und ihrem Team!

Und an ihrer Seite den Vertreter des Hauptsponsors, den Generaldirektor der Raiffeisen Landesbank Oberösterreich, Dr. Ludwig Scharinger.

Unsere Oberösterreichischen Gastgeber haben uns wieder bewiesen, dass sie sich auf die hohe Kunst verstehen, ein Höchstmaß an Herzlichkeit und Gastfreundschaft mit einer perfekten Organisation zu verbinden. Aber gerade, wenn alles so reibungslos klappt, übersieht man leicht, dass hinter einer solchen Großveranstaltung ungeheuer viel Arbeit und Engagement stecken. Dafür ein aufrichtiges Dankeschön!

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich habe eingangs schon betont, dass 2004 für die Gemeinden ein in vielfacher Hinsicht entscheidendes Jahr ist. Mit der EU-Erweiterung wurde ein historischer Schritt gesetzt, der auch für die Gemeinden eine gewaltige Herausforderung darstellt. Aber vor allem sind es natürlich der Österreich-Konvent und der

künftige Finanzausgleich, die uns bewegen und fordern. Die Weichenstellungen, die jetzt vorgenommen werden, werden für viele Jahre auch die Kommunalpolitik und das Leben in den Gemeinden bestimmen.

Im Mittelpunkt dieses 51. Gemeindetages steht die Forderung nach einem gerechten Finanzausgleich. Und wenn dieses Thema auch noch in der Podiumsdiskussion von verschiedenen Standpunkten aus beleuchtet wird, muss ich doch auch an dieser Stelle einige grundsätzliche Bemerkungen einbringen.

Zweifellos sind die derzeitigen Finanzausgleichsverhandlungen die bei weitem schwierigsten seit Jahrzehnten. Weil nämlich erstmals der zu verteilende Kuchen kleiner wird. Er wird von zwei Seiten angeknabbert. Einerseits bleiben die Steuereinnahmen auf Grund der alles andere als erfreulichen Wirtschaftsentwicklung hinter den Erwartungen zurück. Andererseits reißt die Steuerreform ein erhebliches Loch. Um nicht falsch verstanden zu werden: Wir bekennen uns im Interesse des Wirtschaftsstandortes Österreich zu steuerlichen Entlastungen, wir haben aber auch immer vor den Folgen gewarnt. Sie wären gerade für die Gemeinden verheerend, wenn nicht gegen gesteuert wird. Die erste Etappe der Steuerreform würde in den Gemeindekassen mit fast 95 Millionen Euro zu Buche schlagen, die zweite mit 333,6 Millionen. Es liegt auf der Hand, dass eine derartige Belastung nicht mehr verkraftbar ist!

Die finanzielle Lage der Gemeinden ist bereits sehr ernst. Sie haben im Vergleich zu den anderen Finanzausgleichspartnern die meisten neuen Aufgaben übernommen. Sie haben das im Interesse ihrer Bürger auch gerne getan, weil in der bürgernächsten Gebietskörperschaften vieles besser, effizienter, menschlicher und auch sparsamer erledigt werden kann. Sie stehen gleichzeitig vor der Tatsache, dass auf Grund des gesellschaftlichen Wandels und der demographischen Entwicklung gerade in kommunalen Kernkompetenzen die

Anforderungen und damit die Kosten rasant steigen. Nämlich in der Kinderbetreuung und in der Altenbetreuung. Aber gleichzeitig ist der Anteil der Gemeinden an der Finanzmasse gesunken. In vielen Bereichen ist der Bogen der Belastbarkeit zum Zerreißen gespannt.

Wir haben das warnende Beispiel vieler deutscher Kommunen vor uns, die das Service für ihre Bürger radikal einschränken müssen, in denen Bäder und Bibliotheken geschlossen und die Straßenbeleuchtung abgeschaltet wird. So weit darf es bei uns nicht kommen. Davon müssen wir in den Verhandlungen auch unsere Partner überzeugen.

Wir verlangen, ich habe es schon mehrfach betont, Gerechtigkeit! Nun gebe ich schon zu, dass Gerechtigkeit auch eine Frage des Blickwinkels ist. Als gerecht wird subjektiv empfunden, was einem selbst zugute kommt. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, unsere Argumente halten auch einer objektiven Überprüfung stand.

Denn es kann nicht gerecht sein, wenn die Gemeinden trotz gestiegener Aufgaben immer wieder zu den finanziellen Verlierern zählen.

1995, im Jahr des EU-Beitritts entfielen vom Gesamtabgabenertrag

- 59,2 Prozent auf den Bund
- 18,8 Prozent auf die Länder
- 18,7 Prozent auf die Gemeinden
- und 3,3 Prozent auf die EU

2003 dagegen sah die Aufteilung folgendermaßen aus:

- 61,9 Prozent Bund
- 17,7 Prozent Länder
- 16,9 Prozent Gemeinden



- 3,5 Prozent EU

Das heißt: Der Bund hat kräftig zugelegt, während der Anteil der Gemeinden um 1,8 Prozentpunkte geschrumpft ist. Daher fordern wir eine Anhebung des Gemeindeanteils an den Gemeinschaftlichen Bundesabgaben um ein Prozent. Das bedeutet, der Anteil würde immer noch unter jenem des Jahres 1995 liegen. Unbescheidenheit kann man uns also auch beim bösesten Willen nicht vorwerfen!

Ebenso wenig kann es gerecht sein, wenn immer wieder jene Einnahmen kräftig steigen, an denen die Kommunen nur in einem geringen Ausmaß beteiligt sind - wie etwa die Mineralölsteuer - während jene mit einem hohen Gemeindeanteil stagnieren oder sogar sinken. Gerecht kann nur ein einheitlicher Schlüssel für Bund, Länder und Gemeinden für alle gemeinschaftlichen Bundesabgaben sein. Ganz nebenbei bemerkt: Eine solche gerechte Lösung, wie wir sie verlangen, würde gleichzeitig auch den Verwaltungsaufwand ganz wesentlich reduzieren. In diesem Zusammenhang auch ein klares Wort zu den gemeindeeigenen Abgaben. Sie sind für uns unantastbar! So fordern wir eine Beibehaltung der Kommunalsteuer im bisherigen Umfang! So gesprächsbereit der Österreichische Gemeindebund sonst auch ist - über Eingriffe bei der Kommunalsteuer kann man mit uns nicht reden. Und auch von den sogenannten "Bagatellsteuern" und deren Abschaffung wollen wir nichts mehr hören. Denn was für den Bund eine "Bagatelle" sein mag, das ist für die Gemeinden nach wie vor eine lebenswichtige Einnahme.

Mehr Gerechtigkeit, meine sehr verehrten Damen und Herren, fordern wir schließlich auch für die kleinen und kleinsten Gemeinden. Sie sind das Rückrat des ländlichen Raumes, der ohnehin mit schweren Problemen zu kämpfen hat und sie leisten großartige Arbeit. Es ist längst auch wissenschaftlich erwiesen,

dass der abgestufte Bevölkerungsschlüssel nicht mehr zeitgemäß ist, dass er den Rahmenbedingungen und den Bedürfnissen von heute nicht gerecht wird. Eine Verbreiterung und Ausdehnung des Sockelbetrages als ein Schritt zu einem gerechten und bedarfsorientierten Finanzausgleich ist für uns unabdingbar.

Schließlich hat der Herr Finanzminister selbst eingeräumt, dass die kleinen Kommunen dringend Hilfe brauchen. Er hat eine Offensive für die finanzschwachen Gemeinden angekündigt. Das freut uns im Prinzip, aber der Weg, den er vorgeschlagen hat, der ist für uns nicht gangbar. Nämlich über eine zusätzliche Belastung der Länder und durch eine massive Verschiebung der Gemeindemittel. Da ist der Verdacht nicht von der Hand zu weisen, dass man versucht, die Gemeinden gegeneinander auszuspielen. Aber das funktioniert nicht. Das lehnen auch jene ab, die von einer solchen Offensive profitieren würden. Österreichs Gemeinden sind solidarisch! Und darauf bin ich stolz!

Nun könnte natürlich einer daher kommen und lapidar feststellen: Na ja, das ist ja alles recht gut, recht schön und wahrscheinlich richtig, was der Gemeindebund-Präsident da erzählt, aber die Zeiten sind schwer und da müssen halt auch die Gemeinden ein bisschen mehr sparen. Darauf, meine sehr verehrten Damen und Herren, gibt es eine ganz klare Antwort: Die Gemeinden haben gespart! Sie haben sogar *e i s e r n* gespart. Und zwar im Interesse des Staatsganzen.

Trotz vermehrter Aufgaben, trotz der gestiegenen Anforderungen in den Bereichen Kinder- und Altenbetreuung waren die Gemeinden die einzige Gebietskörperschaft, die in der zu Ende gehenden Finanzausgleichsperiode immer die Vorgaben des Stabilitätspaktes erfüllt, ja übererfüllt hat. Sie haben nicht nur ein Null-Defizit geschafft, sondern Überschüsse erzielt. Und zwar

- 2001 218 Millionen,

- 2002 211 Millionen
- und 2003 81 Millionen Euro

Gespart haben die Gemeinden im übrigen auch im Personalbereich. Eine viel diskutierte Studie des Staatsschuldenausschusses über den öffentlichen Dienst hat auf den ersten Blick den Eindruck erweckt, als sei der Bund auf diesem Sektor der Vorreiter und Musterknabe. Wer aber die Studie genauer gelesen hat, dem ist schnell klar geworden: Die wahren "Sparmeister" sind die Gemeinden und ganz besonders die kleinen Gemeinden. In den Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern kommt auf 108 Einwohner ein Gemeindebediensteter. Wo soll es da noch einen Spielraum für Einsparungen geben? Noch dazu, wo in den Gemeinden nur rund 20 Prozent der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Hoheitsverwaltung wirken, dagegen 80 Prozent in den Wirtschaftsbetrieben und in den Dienstleistungen. Soll es weniger Kindergärtnerinnen und Altenbetreuer geben? Weniger Spitalsbedienstete und weniger Musikschullehrer? Weniger Straßenräumung im Winter und weniger Pflege für die Freizeiteinrichtungen im Sommer? Niemand kann das wollen.

Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist nicht mehr möglich, weiter an der Spar-Schraube zu drehen, ohne der Infrastruktur und damit der Lebensqualität unserer Bürger sowie der Wirtschaft Schaden zuzufügen. So wie es im Interesse des Gesamtstaates lag, dass unsere Gemeinden eisern gespart und den Stabilitätspakt erfüllt haben, so liegt es jetzt im Interesse des Gesamtstaates, dass sie wieder verstärkt investieren können. Denn man muss nicht Wirtschaftswissenschaft studiert haben, um klar zu erkennen: Der Wirtschaftsaufschwung, den sich die Bundesregierung nicht zuletzt auf Grund der Steuerreform erwartet, dieser Aufschwung kann und wird nicht kommen, wenn man gleichzeitig dem größten öffentlichen Investor die Luft abschnürt.

Es waren und es sind die Gemeinden, die mit ihren Investitionen flächendeckend, auch in den Randgebieten der Republik, Arbeitsplätze sichern. Und zum Unterschied von den Großprojekten des Bundes und der Länder fließen diese Gelder vor allem in die klein- und mittelständischen Betriebe, die das Rückrat der österreichischen Wirtschaft bilden.

Dazu müssen die Gemeinden auch in Zukunft in der Lage sein! Sie brauchen dafür neben den finanziellen Mitteln aber auch Gestaltungsfreiheit und Rechtssicherheit! Dafür kämpfen wir nicht zuletzt im Österreich-Konvent, in dem der Gemeindebund in drei Ausschüssen vertreten ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir alle wissen, dass dieser Konvent derzeit nicht gerade eine "gute Presse" hat. Auch ich möchte nicht verhehlen, dass ich mir in einigen Bereichen etwas mehr erhofft habe. Dennoch ist die Kritik nicht immer berechtigt. Wer erwartet hat, dass am Ende der Beratungen ein fix und fertiger Verfassungsentwurf auf dem Tisch liegt, der hat seine Erwartungen einfach zu hoch geschraubt. Es geht vielmehr darum, die Grundlagen für eine politische Entscheidung zu erarbeiten.

Und es ist auch nicht zu übersehen, dass wir für die Gemeinden im Konvent einiges erreicht haben. Wir haben uns, um nur ein Beispiel zu nennen, erfolgreich gegen Bestrebungen gewehrt, die Bezirksverwaltungen auf Kosten der Gemeindekompetenzen aufzuwerten. Das Modell der Einheitsgemeinde steht außer Streit, ebenso die Bestandsgarantie gegen erzwungene Gemeindezusammenlegungen, vor einem Jahr noch eine der Forderungen der Gemeindetags-Resolution.

Warum haben wir so vehement für die Einheitsgemeinde und die Bestandsgarantie gekämpft? Es liegt auf der Hand: Der ländliche Raum mit seinen vielfältigen Problemen braucht die kleinen, funktionierenden Vollgemeinden wie einen Bissen Brot. Er braucht sie vor allem deshalb, weil sie eine ausgezeichnete Arbeit für die Menschen und für die Regionen leisten! Und dort, wo sie auf Grund ihrer mangelnden Größe an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit stoßen, sind die verschiedenen Formen der interkommunalen Zusammenarbeit, also der Kooperation von Gemeinden, immer noch eine bessere Lösung als erzwungene Zusammenlegungen, die den Bürgern Identifikation und Zusammenhalt nehmen.

Diese interkommunale Zusammenarbeit, meine sehr verehrte Damen und Herren, ist eine Chance und eine Zukunftsperspektive, der wir uns in den nächsten Jahren ganz besonders widmen müssen. Im Grunde ist es ja keine neue Erfindung, ganz im Gegenteil. In wichtigen Bereichen der Daseinsvorsorge sind Wasser- und Abwasserverbände, Müllverbände und Schulgemeinschaften längst eine Selbstverständlichkeit. Nun aber geht es darum diese Kooperationsfelder auch auf andere Gebiete auszuweiten - auf die Verwaltung, die Betriebsansiedlung, den Tourismus usw. Und zwar mit dem Ziel, die Qualität der Leistungen weiter zu verbessern und gleichzeitig Einsparungspotentiale zu nutzen.

Alles das geschieht schon in der Praxis, es gibt in allen Bundesländern eine Reihe von erfolgreichen Beispielen für die Zusammenarbeit von Kommunen. Sie zeugen von einem beeindruckenden Reformwillen, einem starken Reformwillen und einer erfreulichen Innovationskraft.

- Betriebsansiedlungsgebiete werden gemeinsam erschlossen und vermarktet,
- Mehrere Gemeinden nutzen gemeinsam ein Amtsgebäude

- Gemeinsame Entwicklungsgesellschaften entwickeln Konzepte und setzen sie um
- Tourismusverbände optimieren das Angebot für die Gäste
- Und vieles andere mehr.

Dabei zeigen die Kommunalpolitiker nicht nur Innovationsbereitschaft, sondern auch sehr viel Fingerspitzengefühl. Denn selbstverständlich können solche interkommunale Kooperationen auch eine Gratwanderung sein. Es gilt einerseits, wie erwähnt, die Leistungen für die Bürger zu verbessern und Einsparungen zu erzielen, aber auf der anderen Seite dürfen wir unser wichtigstes Kapital nicht aufs Spiel setzen - die Nähe zum Bürger.

Überdies stellt sich gerade bei der interkommunalen Zusammenarbeit auch die Frage der Rechtssicherheit. So gewinnt die Kooperation von Gemeinden über Landes- und Staatsgrenzen hinaus, etwa im Rahmen der EUREGIOs immer mehr an Bedeutung und wird in Zukunft noch wichtiger werden. Aber sie ist verfassungsrechtlich in keiner Weise abgesichert. Wir haben das im Konvent selbstverständlich nachdrücklich zur Sprache gebracht. Außerdem fordert der Gemeindebund eine gesetzliche Grundlage für Vereinbarungen von Gemeinden über eine Teilung des Kommunalsteuerertrages, um Kooperationen zu ermöglichen und zu erleichtern, die den Wirtschaftsstandort Österreich aufwerten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die vielen funktionierenden Modelle der interkommunalen Zusammenarbeit, sind ein, aber beileibe nicht der einzige Beweis dafür, dass in Österreichs Gemeindeämtern ein moderner, in die Zukunft gerichteter Geist herrscht. Dass

die Kommunen bereit und in der Lage sind, die Herausforderungen von morgen rechtzeitig zu erkennen und offensiv an zu packen.

Niemand zweifelt daran, dass die Verwaltungszukunft in hohem Maß vom E-Government geprägt sein wird. Nicht die Menschen, sondern Daten sollen pendeln! Was aber vielleicht weniger bekannt ist, das ist die Tatsache, dass die Gemeinden in Österreich Vorreiter sind. Ich behaupte und ich kann das auch begründen: Dass Österreich im E-Government-Ranking der Europäischen Union vom 11. Auf den 4. Platz vorgerückt ist, das ist in erster Linie auf das Engagement der Gemeinden zurück zu führen.

Sie haben in den letzten Jahren in der technischen Infrastruktur einen gewaltigen Entwicklungsschub bewältigt. Und sie haben - auch das muss gesagt werden - dafür sehr viel Geld und Energie investiert. Im Zug des Zentralen Melderegisters wurde eine flächendeckende EDV-Versorgung bis in die kleinsten Gemeinden geschaffen. Wie aufgeschlossen heute auch kleinste Gemeinden für neue und innovative Kommunikationsformen und Verwaltungssysteme auf elektronischer Basis sind, das wäre noch vor wenigen Jahren unvorstellbar gewesen.

Aber selbstverständlich hat die moderne Kommunikationstechnik auch ihre Tücken und Risiken. Eine Studie der Donau-Universität Krems hat eindeutig gezeigt, dass die Gemeinden konkrete Hilfestellungen brauchen. Um sie bestmöglich zu unterstützen, hat der Österreichische Gemeindebund ein europaweit einzigartiges und zukunftsweisendes Projekt gestartet, das zugleich beispielgebend für Public-Private-Partnership ist. Dafür von uns die Kommunalnet Solutions Ges.m.b.H. gegründet, gemeinsam mit der Kommunalkredit AG, einem vielfach bewährten Partner der Kommunen. *An dieser Stelle begrüße ich den Sprecher des Vorstandes der kommunalkredit Herrn Dr. Reinhard Platzer (?).*

Mit einem österreichweiten Intranet-Portal wird den Gemeinden auf einer einzigen Plattform alles das zur Verfügung gestellt, was sie zur Bewältigung ihrer täglichen Aufgaben an E-Government-Funktionen benötigten. Ermöglicht wird das auch durch die ausgezeichnete Zusammenarbeit mit dem Bundesrechenzentrum und der Telekom.

Es ist, davon bin ich felsenfest überzeugt, ein wichtiger Schritt in die Zukunft, der unseren Bürgern zugute kommen wird. Sie sollen sich Zeit, Geld und Ärger ersparen.

Ein bedeutender Schritt in die Zukunft, diesmal von europäischen Dimensionen, ist auch das Internationale Kommunale Netzwerk ICNW. Es wurde vom Österreichischen Gemeindebund initiiert, der auch als Lead-Partner fungiert. Wir können durchaus stolz darauf sein, dass die EU-Entscheidungsgremien ICNW als das bedeutendste länderverbindende Netzwerk-Projekt bezeichnet und dafür die höchstmögliche Fördersumme, nämlich 1. Million Euro, bewilligt haben.

Insgesamt 23 Partner aus alten und neuen EU-Mitgliedsstaaten sowie Beitrittskandidaten repräsentieren 9.500 Gemeinden mit rund 100 Millionen Einwohnern. Voneinander lernen und einander helfen - besser kann man die Europa-Idee nicht mit echtem Leben erfüllen und genau darum geht es bei ICNW. Ziel ist es, durch einen umfassenden praxisnahen Informations- und Meinungsaustausch die kleinen und mittleren Gemeinden im ländlichen Raum zu stärken. Sie erhalten ein Instrument in die Hand, wie es bisher nur für große Städte und die Länder verfügbar war.

Apropos ländlicher Raum: Ihm muss heute und in Zukunft unsere ganz besondere Sorge gelten. Er darf als Lebens- und Wirtschaftsraum nicht noch



weiter ins Hintertreffen geraten, bestehende Benachteiligungen müssen dringend beseitigt werden.

Jammern, Mahnen und Fordern hilft jedenfalls nichts, gefragt sind konkrete Maßnahmen. Das ist uns im Gemeindebund klar und ich kann Ihnen heute erstmals ankündigen, dass wir demnächst eine groß angelegte Initiative für Arbeitsplätze im ländlichen Raum starten werden. Wir versichern uns dazu wieder der Unterstützung durch die Wissenschaft und gehen eine Kooperation mit der Wirtschaftsuniversität ein. Zunächst soll gründlich durchleuchtet werden, welche Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für die klein- und mittelständische Wirtschaft entscheidend sind und dann ist daraus abzuleiten, was die Kommunalpolitik an Beiträgen für die Schaffung qualifizierter und zukunftssicherer Arbeitsplätzen leisten kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Sie sehen: Österreichs Gemeinden stehen vor großen Herausforderungen, aber sie stellen sich diesen Herausforderungen mutig und selbstbewusst. Sie brauchen dazu aber auch die Partnerschaft mit den anderen Gebietskörperschaften sowie das Verständnis einer möglichst breiten Öffentlichkeit. Sie brauchen also die öffentliche und die veröffentlichte Meinung, was bekanntlich nicht immer ein und dasselbe ist.

Kurz gesagt: Eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit ist heute für eine Interessenvertretung und für ihre Mitglieder eine absolute Notwendigkeit, ja ein Existenzgrundlage. Auch noch so berechtigte Anliegen lassen sich im demokratischen Kräftespiel nur durchsetzen, wenn es gelingt, eine breite Öffentlichkeit dafür zu interessieren und zu sensibilisieren.

Wir haben daher im Gemeindebund in den letzten Jahren große Anstrengungen unternommen, um diesen Bereich zu forcieren. Im Mittelpunkt steht sicher unser offizielles Organ KOMMUNAL, das in kürzester Zeit den Sprung zur Nr. 1 der österreichischen Kommunalpresse geschafft hat. Gerade hier am Gemeindetag haben ja Vizepräsident Walter Zimper und sein Team mit ihrer in Rekordzeit produzierten Sonderausgabe wieder einmal bewiesen, wozu sie imstande sind. Aber auch die gemeinsam mit dem traditionsreichen Verlag Manz herausgegebene wissenschaftliche Fachzeitschrift und Schriftenreihe "Rechts- und Finanzierungspraxis der Gemeinden", bewiesen das.

*Auch die Sprecherin des Vorstandes der Fa. Manz Frau Dr. Hanusch-Linser und Herr Mag. Schneider Manns-Au befinden sich heute unter den Ehrengästen. Herzlich willkommen. (?)*

Neben diesen Publikationen sind die Homepage und die Publikationen des Gemeindebundes, die Ausschreibung von Preisen, Pressekonferenzen und die Teilnahme an diversen Veranstaltungen und Aktionen wichtige Mosaiksteine in einem umfassenden Gesamtkonzept. Es soll einerseits die Kommunalpolitiker und die Gemeindebediensteten in ihrer Arbeit unterstützen - also Öffentlichkeitsarbeit nach innen leisten - und andererseits die Anliegen, Sorgen und Zielvorstellungen der Kommunen nach außen tragen.

Die wirksamste Öffentlichkeitsarbeit aber sind die Leistungen für die Bürger, die Tag für Tag in den Gemeindestuben erbracht werden. Sie schaffen am meisten Glaubwürdigkeit, Kompetenz und Vertrauen. Jeder Euro, den wir im Gemeindebund für die Öffentlichkeitsarbeit ausgeben, wäre hinausgeschmissenes Geld ohne die praktizierte Bürgernähe und das Bürgerservice an der Basis, in den Gemeinden.

Seit wenigen Tagen liegen die geradezu sensationellen Ergebnisse einer Umfrage auf dem Tisch, die das Markt- und Meinungsforschungsinstitut

"market" durchgeführt hat, um das Vertrauen der österreichischen Bevölkerung in die politische Verwaltung auszuloten. Und ich sage ganz offen: Ich habe einen kleinen Luftsprung gemacht, als ich die Zahlen zum erstenmal gesehen habe.

Gefragt war unter anderem: "Wie sehr kann man sich Ihrer Meinung nach auf die Politiker verlassen?" Auf den Bürgermeister kann man sich sehr verlassen haben 34 Prozent gemeint, eher verlassen weitere 40 Prozent. Das ist eine Zustimmung von 74 Prozent. Die Bürgermeister liegen damit - es tut mir leid, Herr Bundespräsident Dr. Fischer - sogar knapp vor dem Staatsoberhaupt. Und auch die Gemeindevertreter haben mit einer Zustimmung von 64 Prozent hervorragend abgeschnitten, weit vor allen Bundes- und Landespolitikern.

Diese großartige Vertrauensbasis, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben Sie erarbeitet - mit Ihrer Arbeit, Ihrer Einsatzbereitschaft und Ihrem Idealismus. Ich schlage vor, wir machen es jetzt einmal umgekehrt als gewohnt: Die Ehrengäste und das Präsidium spenden Ihnen - den Bürgermeistern, Gemeindemandataren und Gemeindebediensteten - einen kräftigen Sonderapplaus.

Höchst interessant sind auch viele Details der Umfrage. So zeigt sich, dass der Zuspruch für die Bürgermeister bei den jungen Österreicherinnen und Österreichern zwischen 18 und 29 Jahren besonders hoch ist. Die Autoren der Studie folgern daraus: "Die Bürgermeister sind ein wichtiges Bindeglied zwischen Politik und Jugend." Oder lassen Sie es mich so sagen: Dieses Ergebnis beweist, dass der oft zitierte Satz, wonach die Kommunalpolitik die hohe Schule der Demokratie ist, kein Schlagwort ist, sondern Realität.

Besonders gefreut habe ich mich natürlich über die Antworten auf die Frage, wo denn die Steuergelder am besten eingesetzt werden. 40 Prozent der Befragten sagten klar: In den Gemeinden. Damit - sehr verehrter Herr Finanzminister - liegen die Kommunen deutlich vor den Ländern, dem Bund und der EU. Sie punkten besonders wieder bei den Jungen, bei den Bildungseliten sowie in den Klein- und Mittelstädten, wo sogar mehr als 50 Prozent die finanziellen Mittel auf Gemeindeebene eingesetzt haben wollen.

Dieses große Vertrauen der Österreicherinnen und Österreicher in die Kommunalpolitik freut uns und es ehrt uns. Aber vor allem sehen wir es als Auftrag und als Ansporn. Als Verpflichtung, auch in Zukunft mit aller Kraft für die Menschen zu arbeiten, die uns so viel Vertrauen schenken und die zu Recht so hohe Erwartungen in uns setzen.

Österreichs Gemeinden haben hinlänglich bewiesen, dass sie dazu in der Lage sind. Und sie werden es auch in Zukunft beweisen, wenn man sie nur lässt. Wenn man ihnen also die notwendigen Handlungsspielräume einräumt, Rechtssicherheit bietet und die erforderlichen finanziellen Mittel in die Hand gibt. Die Weichen dafür müssen in den nächsten Wochen und Monaten gestellt werden!

Sicher wird es nicht immer leicht sein, die Erwartungen der Bürger zu erfüllen. Aber wir sind selbstbewusst genug, um zu sagen: Wir schaffen das. Der Österreichische Gemeindetag gibt uns dafür wieder Kraft, Mut und Zuversicht, weil er in eindrucksvoller Weise die Solidarität, die Geschlossenheit der österreichischen Gemeinden über parteipolitische Grenzen und regionale Gegensätze hinaus demonstriert. Es ist eine klare Botschaft, die von Linz ausgeht: Österreichs Gemeinden stehen zusammen, sie lassen sich nicht auseinander dividieren und nicht gegeneinander ausspielen!

Wenn wir uns diese Geschlossenheit bewahren - und daran zweifle ich keinen Augenblick - dann braucht uns vor der Zukunft nicht bange sein. Dann sind wir stark. Und davon werden nicht nur die kleinsten Einheiten profitieren, sondern das Staatsganze. Denn, meine sehr verehrten Damen und Herren: Ohne starke Gemeinden kann es auch keine starken Länder und keine starke Republik Österreich geben!

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.